

Einzureichende Unterlagen

Vom Unternehmen einzureichende Unterlagen

Mit dem Teilnahmeantrag vorzulegende Unterlagen

Bedingung an die Auftragsausführung

- Erlaubnis Bewachungsgewerbe gemäß § 44 Abs. 2 VgV (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Erlaubnis Bewachungsgewerbe: Nachweis über die Erlaubnis zur Durchführung der gewerbsmäßigen Bewachung gem. § 34 a Gewerbeordnung nach § 44 Abs. 2 VgV.
- Grundanforderungen werden an das eingesetzte Wach- und Sicherheitspersonal gestellt und sind nachzuweisen: (mittels Eigenerklärung vorzulegen): - Mindestalter 21 Jahre;
 - Höchstalter 60 Jahre;
 - volle körperliche und geistige Belastbarkeit;
 - regelmäßig, in den Bereichen Deeskalation, Kommunikation, Psychologie, Eingriffs- und Sicherheitstechniken und Recht, geschultes Personal, angeglichen an die Ausbildungs- und Schulungsschwerpunkte im Privatrecht, der hessischen Polizei;
 - sicheres, deeskalierendes Auftreten;
 - gepflegte Erscheinung/Dienstkleidung (Anzug und Krawatte);
 - gute Umgangsformen;
 - eintragungsfreies Führungszeugnis;
 - abgeschlossene Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf;
 - Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift;
 - Fähigkeit zur selbständigen Abwicklung einschlägiger Vorgänge (z. B. Wachbucheintrag: Meldung bzw. Veranlassung von Abhilfemaßnahmen bei besonderen Vorkommnissen);je nach Einsatzverwendung:
 - Meister/in für Schutz und Sicherheit oder gleichwertiger Ausbildung;
 - Fachkraft für Schutz und Sicherheit;
 - Geprüfte Schutz- und Sicherheitskraft - IKH;
 - Sicherheitskraft mit einem Grundlehrgang von mind. 40 Unterrichtsstunden bzw. einer IHK-Sachkundeprüfung § 34a der GwO mit mindestens 3jähriger Berufserfahrung im Sicherheitsgewerbe.

Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

- Eintragung Handelsregister gemäß § 44 Abs. 1 VgV (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Nachweis der Eintragung in das Handelsregister nach § 44 Abs. 1 VgV.

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- Erklärung über den Gesamtumsatz und gegebenenfalls den Umsatz im Tätigkeitsbereich gemäß § 45 Abs. 4 Nr. 4 VgV (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Erklärung über den Gesamtumsatz und gegebenenfalls den Umsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags der letzten drei Geschäftsjahre gemäß § 45 Abs. 4 Nr. 4 VgV
- Nachweis einer entsprechenden Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung gem. § 45 Abs. 4 Nr. 2 VgV (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Nachweis einer entsprechenden Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung in angemessener Höhe besteht gemäß § 45 Abs. 4 Nr. 2 VgV. Als Mindestdeckungssumme gelten für Personen- und Sachschäden 2 000 000 EUR, für Vermögensschäden 250 000 EUR.

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- Angabe der technischen Fachkräfte gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen, unabhängig davon, ob diese dem Unternehmen angehören oder nicht, und zwar insbesondere derjenigen, die mit der Qualitätskontrolle beauftragt sind gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV.
- Angabe zu Unteraufträgen gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Angabe, welche Teile des Auftrags das Unternehmen unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV.
- Erklärung über die Ausstattung gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 9 VgV (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Erklärung, aus der ersichtlich ist, über welche Ausstattung, welche Geräte und welche technische Ausrüstung das Unternehmen für die Ausführung des Auftrags verfügt gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 9 VgV.
- Erklärung über die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Erklärung, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren

VgV Nichtoffenes Verfahren mit öffentlichem Teilnahmewettbewerb

ersichtlich ist gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV.

- Erklärung über geeignete Referenzen gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV (mittels Eigenerklärung vorzulegen):
Erklärung über geeignete Referenzen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge in Form einer Liste der in den letzten höchstens drei Jahren erbrachten wesentlichen Dienstleistungen, mit Angabe des Werts, des Erbringungszeitpunkts sowie des öffentlichen oder privaten Empfängers gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV.